



Detlef Parr

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sportpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
Stv. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sucht- und drogenpolitischer Sprecher

Rede
am 28.05.2009

TOP 12

**Gesetz zur diamorphingestützten
Substitutionsbehandlung**

Bundeshaus

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 75707
📠 (030) 227 – 76131
✉ detlef.parr@bundestag.de

Mitarbeiter:

Doris Weisser
Amely Bey
Thomas Bodammer

Wahlkreis

Rehweg 32a
40883 Ratingen
☎ (02102) 68404
📠 (02102) 60700
✉ detlef.parr@wk.bundestag.de

Berlin, 29. Mai 2009
Pa/be

Anrede,

ein Blick in den Koalitionsvertrag von Union und SPD zeigt: die Sucht- und Drogenpolitik spielt – ganz im Gegensatz zur öffentlichen Aufmerksamkeit – nur eine untergeordnete Rolle. Ganze drei Sätze ist sie den Koalitionsparteien wert.

Kein Wunder, dass über die Jahre auch im Bereich der diamorphingestützten Substitutionsbehandlung Schwerstabhängiger nicht viel passiert ist. Wir scheinen hier in Berlin weit weg zu sein von den Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – in die Abhängigkeit gerutscht sind und im persönlichen und materiellen Elend leben.

Wie sonst erklärt sich, dass wir uns an Modellversuchen in sieben deutschen Großstädten zusammen mit den Bundesländern und den Städten finanziell und ideell beteiligt haben und jetzt den letzten Schritt scheuen, die nachgewiesene erfolgreiche Behandlungsmethode in die Regelversorgung aufzunehmen.

Sicher bleiben – wie nach allen wissenschaftlichen Studien – noch Fragen offen. Die können wir aber – gerade auch nach Verabschiedung des Gesetzes – im Alltagsablauf beantworten. Formale Streitigkeiten sollten wir nicht länger auf den Schultern der Betroffenen austragen.

Wer z.B. in der Nähe unserer Bahnhöfe mehr oder weniger verdeckt Menschen antrifft, die in tiefer persönlicher Not sind,

- sich offensichtlich selbst nicht mehr helfen können und
- der verantwortungslosen, gnadenlosen Verführung krimineller Dealer ausgesetzt sind, darf nicht wegschauen. Er muss alle medizinischen Möglichkeiten nutzen,
- den Gesundheitszustand dieser Menschen zu stabilisieren,
- sie vom Rand der Gesellschaft schrittweise wieder in die Mitte der Gesellschaft zu führen und
- sie zur Aufnahme weiterführender Therapien zu motivieren.

Diese humanitäre Verantwortung haben die Modellstädte Bonn, Frankfurt/Main, Hannover, Hamburg, Köln, Karlsruhe und München für uns auf sich genommen. Nun gilt es: Berlin, übernehmen Sie! Wir sind heute als Gesetzgeber gefordert, nicht nur die Schwerstabhängigen, sondern auch die Wissenschaftler, die Sozialarbeiter, die Ehrenamtlichen nicht im Stich zu lassen, die aufopfernd in diesem Modellprojekt gearbeitet haben. Sie sind offensichtlich mit ihren Erfahrungen sehr viel weiter als wir Abgeordnete, viel näher an den Menschen, denen ja auch wir verpflichtet sind.

Es müsste eigentlich unstrittig sein, dass die diamorphingestützte Substitutionsbehandlung sich nahtlos in die Reihe niedrigschwelliger Angebote der Suchtbekämpfung einreicht, die sich über die Parteigrenzen hinweg bewährt haben.

- Drogennotrufe
- Anonyme Telefonberatung
- Konsumräume
- Krisenzentren
- Mobile aufsuchende Projekte
- Methadonambulanzen

und nun als Ergebnis einer Weiterentwicklung eine neue Behandlungsmethode – konsequente Politik, die sich an den Notwendigkeiten orientiert und individuelle Hilfen bietet.

Wichtig ist doch, den betroffenen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie nicht alleine gelassen werden, dass wir sie nicht tiefer in die Enge der Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit treiben.

Die Zahl der Drogentoten darf nicht weiter steigen; meine Damen und Herren!

Mit dem Modellversuch ist einer überschaubaren Zahl von Schwerstkranken Hilfe angeboten und Vertrauen aufgebaut worden. Diese Basis durch Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zu zerstören, wäre ein Armutszeugnis!

Die Kommunen und Städte, die an dem Modellprojekt beteiligt waren, haben in den letzten Jahren ihre Hilfsangebote für Drogenabhängige differenziert und ausgeweitet. Prävention sowie Beratung und Therapie und auch Überlebenshilfe sind die Säulen, auf welchen die Städte ihre Drogenpolitik aufgebaut haben. Das entspricht den Leitlinien der Sucht- und Drogenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, die wir kürzlich erst verabschiedet haben.

Wir brauchen weitere gesetzliche Rahmenbedingungen, um diese grundlegende Arbeit der Kommunen und Städte zu unterstützen.

Heute geht es darum, für den konkreten „Baustein“ diamorphingestützte Substitutionsbehandlung diese Bedingungen zu schaffen.

Und den Modellstädten damit zu zeigen,

- dass ihre Arbeit unterstützt und erleichtert wird,
- dass sie auf dem richtigen Weg sind,
- und den Betroffenen Perspektiven zu vermitteln und die Sicherheit, dass die für sie lebenswichtige Behandlung fortgeführt werden kann – Impulse, die bundesweit ausstrahlen sollen.

Abschließend möchte ich betonen: wir wollen kein Heroin auf Krankenschein.

Wir haben hohe Hürden gegen möglichen Missbrauch in den Gesetzentwurf eingearbeitet: Sonderregelungen, die bei der Vergabe berücksichtigt werden müssen:

1. Diamorphin darf ausschließlich zur Substitutionsbehandlung verschrieben werden, nicht zur Schmerzbehandlung.
2. Die Behandlung darf nur in bestimmten Einrichtungen vorgenommen werden, die einer Erlaubnis der Landesbehörde bedürfen und die eine besondere personelle und sachliche Ausstattung und strenge Sicherheitsbedingungen erfüllen müssen.
3. Das benötigte Diamorphin darf nur auf einem Sondervertriebsweg geliefert werden.

Der Vorwurf „Heroin auf Krankenschein“ läuft also ins Leere, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Zeit ist reif für eine Entscheidung. Auch wenn gestern der Kollege Spahn in einem Schreiben an alle Kollegen im Bundestag behauptet, dass der momentane Zeitpunkt der falsche sei sage ich: Es ist endlich an der Zeit, Klarheit zu schaffen.

Lieber Kollege Spahn,

Ihr Schreiben ist ein letzter verzweifelter Versuch der Beeinflussung. Auch Sie gehen doch davon aus, dass die Mehrheit in diesem Hause jetzt für eine klare Entscheidung ist. Die Fortsetzung der Modellprojekte wie Sie es fordern, ist keine Alternative zu unserem Gesetzesentwurf, sondern Augenwischerei.

Lassen wir uns nicht in die Irre führen. Gehen wir heute mutig einen neuen Weg!